

Regionale Beteiligung gegen polarisierende Triggerpunkte?

Zur demokratischen Gestaltung der Großen Transformation

Paulina Fröhlich

1. Einleitung

In ihrem Beitrag untersuchen Knut Bergmann und Matthias Diermeier, inwiefern die Transformation unsere Gesellschaft spaltet. Politisch lässt sich dieser Untersuchungsgegenstand auf eine zunehmende Unzufriedenheit mit professioneller Politik im Allgemeinen und der Regierungsarbeit im Besonderen zurückführen. Woher rührt aber diese Unzufriedenheit? Ja, Teile der Bevölkerung sind immer unzufrieden. Ja, Regierungen schneiden in der Halbzeit zu meist schlecht ab. Ja, wir leben in der Polykrise. Und ja, einige sind unzureichend informiert oder medial besonders gepusht. Dies alles sind wichtige Erkenntnisse. Weder sind sie jedoch hinreichende Erklärungen, noch legen sie konkrete Lösungen nahe.

In diesem Beitrag entwickle ich die These, dass sich Aversionen gegen die Transformation auch und gerade auf Mängel in ihrer demokratischen Gestaltung zurückführen lassen, die durch eine entsprechende Demokratiepoltik zu beheben ist. Dafür gehe ich erstens auf allgemeinere Untersuchungen zur Lagerbildung in unserer politischen Gemeinschaft ein. Zweitens fokussiere ich näher auf Sorgen um Sicherheit, die viele Bürgerinnen und Bürger teilen. Drittens diskutiere ich die Frage, woher kaum zu erfüllende Ansprüche einiger Bürgerinnen und Bürger eigentlich kommen. Viertens fokussiere ich auf die Beteiligung vor Ort als besonders wirksames Mittel gegen Transformationsaversionen.

2. Lagerbildung

Zu Recht gilt das Buch »Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft« von Steffen Mau, Thomas Lux, Linus Westheuser als eine der wichtigsten Diagnosen unserer Gegenwart. Und zwar gerade weil sie dem vorherrschenden Bild einer polarisierten Gesellschaft widerspricht. Mau et al. (2023) zeichnen dafür das schöne Bild von einem Dromedar und einem Kamel. Unsere Gesellschaft hat demnach nicht zwei Höcker mit Graben dazwischen wie ein Kamel, sondern einen Höcker, der an den Rändern abflacht wie ein Dromedar. In vielen zentralen Fragen ist sich die Gesellschaft demnach recht einig, zumindest wenn es auf einer abstrakten Ebene um das allgemeine Zielbild geht: Klima schützen, Migration fair regeln, Unabhängigkeit von Russland. Haarig wird es aber, wenn es konkret wird: wie man also den Weg zum abstrakten Ziel beschreitet.

Ich finde die Erkenntnis, dass wir nicht von einer polarisierten Gesellschaft sprechen können, sehr wichtig. Das ist bei Vielen jedoch noch nicht angekommen. Wir können die Botschaft daher nicht oft genug teilen. Und natürlich macht sie heftige Streitigkeiten in Familien und Freundeskreisen nicht unrealer. Und auch die Gefahr, dass spalterische Zustände wie in den USA auf uns zukommen könnten, ist deswegen nicht weniger ernst zu nehmen. Aber es widerspricht einer hypervervösen Erzählung einer zerstrittenen, ratlosen Gesellschaft, die letztendlich lähmt und den Diskurs, der heilend wäre, von vornherein unangenehm macht und verhindert.

Die Wahrnehmung einer polarisierten Gesellschaft führen Mau und Kollegen darauf zurück, dass die Ränder besonders laut sind, während die Mitte eher leise bleibt. Diese Ergebnisse werden auch durch die aktuellen Untersuchungen von Bergmann und Diermeier (in diesem Band) bestätigt. Für eine bessere Demokratie könnte das bedeuten: Social Media Posts, die abwägen statt schrill anklagen, sollten mehr Aufmerksamkeit generieren können. Journalistische Artikel, die kontextualisieren und konstruktiv geschrieben sind, sollten häufiger vorkommen und besser bezahlt werden. Das stille Engagement für die Gesellschaft in einer Nachbarschaftsinitiative sollte Wertschätzung und Schutz erfahren. Kurzum, die integrativ agierende Mehrheit der Gesellschaft sollte sicht- und hörbarer werden.

Was aber folgt konkret für die demokratische Gestaltung der sozial-ökologischen Transformation?

3. Sorge um Sicherheit

Sorgen, Ängste und Unsicherheit sind ein idealer Nährboden für Polarisierungsunternehmer, wie Mau und Kollegen politische Kräfte titulieren, die Polarisierung um ihrer selbst willen betreiben. Nimmt die Unsicherheit zu, wird sich vermehrt in das Bekannte, das vermeintlich Sichere, das Eigene zurückgezogen. Dabei gerät aber auch das von allen Teilbare, das Mögliche, das Zukünftige aus dem Blickfeld oder ist unliebsam.

In den letzten zehn Jahren hat die AfD einen beispiellosen Aufstieg in Deutschland hingelegt und sich diese Effekte zunutze gemacht. Ihre Kunst besteht auch darin, mit etwas de facto Vorhandenem zu spielen: Eine real existierende, mitunter durchaus berechtigte Sorge wird instrumentalisiert. So wird die Sorge um eine sichere Zukunft beispielsweise in eine Ablehnung gegenüber Asylsuchenden verwandelt. Indem den Regierenden, ganz gleich, ob Angela Merkel oder Annalena Baerbock, die Schuld für einen mangelhaften Zustand gegeben wird, legitimieren sich die Nicht-Regierenden selbst als vermeintlicher Anwalt des Volkes – ohne den Beweis zu erbringen, es wirklich besser zu machen. Der Kraftstoff Nummer eins der Polarisierungsunternehmer ist daher immer wieder Unsicherheit.

Auch die IG-Metall-Chefin Christiane Benner beschreibt andersherum Sicherheit als das beste Mittel gegen Rechts. Kurz vor ihrem Amtsantritt führte sie das wie folgt aus: »Wir können den Rechten den Boden entziehen, wenn wir in den Betrieben mithilfe von Gewerkschaften und Betriebsräten Menschen Sicherheit vermitteln, etwa indem sie weiterqualifiziert werden und bei all den Veränderungen eine gute Perspektive für sich sehen.« (Benner in: Stahl 2023)

Damit kann jedoch nicht gemeint sein, dass der Staat Bürgerinnen und Bürger von jeglicher Unsicherheit entlastet. Die Bundesregierung kann die globale Klimakrise und ihre Konsequenzen nicht allein verhindern. Sie kann aber einen Beitrag zu ihrer Eindämmung leisten und negative Folgen im eigenen Land abmildern. Wichtig ist, dass damit auch ein Gefühl von Resilienz und Gestaltungsfähigkeit vermittelt wird. Hier sehe ich eine zentrale Aufgabe aller gesellschaftlichen Akteure, allen voran der Politik, aber auch der Gewerkschaften, Arbeitgeber, Kirchen, Kulturvereine, Schulen, Zivilgesellschaft und weiteren. Resilienzvertrauen und Gestaltungsfähigkeit sind die zentralen Werkzeuge, um ohne allzu große Unsicherheiten durch die Transformation zu gehen, sie somit selber mitzugestalten, anstatt ihr einfach ausgesetzt zu sein.

4. Kaum zu befriedigende Ansprüche

Dass es angesichts von Umbrüchen während der Polykrise insbesondere darum gehen muss, Sicherheit zu vermitteln, wird mittlerweile breit geteilt. Auch hier hakt es jedoch vor allem, wenn es konkret wird. Das gilt insbesondere dann, wenn die Ansprüche an gute Politik derart widersprüchlich sind, dass sie sich kaum erfüllen lassen. Bergmann und Diermeier (in diesem Band) veranschaulichen das in ihrem Beitrag wie folgt: einerseits soll soziale Kompensation zielgerichtet sein, andererseits werden Politiken wie das 9-Euro-Ticket befürwortet, von denen alle profitieren. Einerseits betont eine große Mehrheit dringenden Handlungsbedarf bei der Eindämmung des Klimawandels, andererseits wollen viele aber selbst nicht dazu beitragen. Sicherlich ist Erwartungsmanagement ein Gebot, um mit widersprüchlichen und daher kaum zu befriedigenden Ansprüchen umzugehen. Darüber hinaus stellt sich aber auch die Frage nach den tieferliegenden Gründen für derart widersprüchliche und bisweilen auch überzogene Ansprüche.

Mit Philipp Lepenies (2022) lassen sich kaum zu befriedigende Ansprüche an den Staat auch und gerade in Bezug auf die sozial-ökologische Transformation auf ein konsumorientiertes Staatsverständnis zurückführen. Im letzten Kapitel seines Buches »Verbot und Verzicht. Politik aus dem Geiste des Unterlassens« stellt Lepenies zwei Staatsverständnisse gegenüber: Er selbst plädiert für ein an Hobbes anschließendes Verständnis des Staates als der inkorporierten Gesamtheit aller Bürgerinnen und Bürger. In diesem Verständnis besteht der Staat letztlich aus allen Individuen selbst. Diese können sich entsprechend mit ihm identifizieren. Sie sind dabei auch motiviert, zum Gemeinwohl beizutragen. Dabei verstehen Bürgerinnen und Bürger, so lässt sich Lepenies Gedankengang hier ergänzen, dass sich ein solches Gemeinwohl nur dann verwirklichen lässt, wenn sie prinzipiell bereit sind, ihre Präferenzen im Gespräch mit anderen zu bilden. Dabei sind sie auch willens, Abstriche bei der Erfüllung ihrer eigenen Präferenzen zu machen.

Von einem solchen Staatsverständnis sind wir weit entfernt. Vorherrschend ist nach Lepenies nämlich ein neoliberales Bild unserer Gesellschaft, in dem die Bevölkerung nach Funktionsweisen des Marktes miteinander verbunden ist. In diesem Bild scheint Hobbes' Vorstellung von Pflichten der Subjekte gegenüber ihrem Staat – und damit gegenüber allen Mitbürgerinnen und Mitbürgern – geradezu skandalös. Der entscheidende normative Maßstab für alles ist die individuelle Konsumententscheidung – so affektgeladen sie auch sein mag. In einer solchen Gesellschaft ist nicht das Volk als Ganzes

der Souverän, sondern das einzelne Individuum. Damit aber werden letztlich lauter individuelle Tyrannen herangebildet, die nicht einsehen, warum sie nicht immer das dürfen, was sie gerade wollen. Diese Tyrannen verstehen das auch dann nicht, wenn sich diese Konsumwünsche offenkundig negativ auf die Umwelt und zukünftige Generationen auswirken. Lепенies selbst beschreibt das wie folgt:

»Die Politik soll unterlassen, was der Einzelne nicht möchte. Von allen Seiten wird das Individuum schon lange darin bestärkt, genauso zu denken: Ich darf alles, und keiner darf mir etwas verbieten. Die Überhöhung der individuellen Konsumententscheidung im Sinne der Konsumentensouveränität wirkt noch auf einer anderen Ebene fatal verstärkend. Die Betonung, dass die individuelle Konsumententscheidung demokratischer sei als die politische Stimmabgabe, dass ein Wert darin zu sehen sei, Mehrheitsentscheidungen nicht akzeptieren zu müssen, die den eigenen Präferenzen widersprechen, zeugt nicht nur von einem eigentümlichen Verkennen demokratischer Werte, sondern unterminiert und delegitimiert die Demokratie. Diese baut auf einem Verständnis der Gemeinschaft und des Gemeinwohls auf.« (Lепенies 2022: 259)

Man muss Lепенies' dichotomen Zuspitzung zweier Staatsverständnisse nicht folgen. Aber seine Beobachtung, dass es ein auf individuelle Präferenzen fixiertes, konsumierendes Staatsverständnis gibt, das bisweilen hinderlich in einer Demokratie ist und ganz besonders dann, wenn diese versucht, eine gesamtgesellschaftliche Transformation umzusetzen, da ist etwas dran.

Wenn dem so ist, was bedeutet das für die Transformation, die ja nicht für das egozentrische Individuum, sondern für unser aller Zukunft, für die Umwelt, für junge Generationen, für Leidtragende im Globalen Süden gemacht wird? Lässt sich ein so verstandenes Gemeinwohl demokratiepolitisch bilden? Und wenn ja, wie? Diese Frage will ich abschließend am Beispiel derjenigen Räume diskutieren, in denen sich konkrete Transformationsprozesse ballen.

5. Beteiligung vor Ort

Widerstand gegen die Transformation gibt es laut Bergmann und Diermeier gerade in jenen Regionen, die von ihr besonders betroffen sind. Das gilt beispielsweise dann, wenn hochbezahlte Arbeitsplätze bei der Produktion fossiler

Antriebe wegfallen. Diese Ergebnisse bestätigen und erweitern etwas, das wir im Progressiven Zentrum schon länger vermuten, vermessen und begleiten.

2017 haben wir mit der Studie »Rückkehr zu den politisch Verlassenen« den Anfang gemacht und Haustürgespräche in Regionen durchgeführt, die sich sowohl durch Strukturschwäche charakterisieren ließen als auch als AfD-Hochburgen konstituierten. 2021 haben wir die nächsten Haustürgespräche geführt, wiederum in strukturschwachen Regionen in Ost und West, und dabei den Blick auf Fragen zur Zukunft in der großen Transformation gerichtet. Für uns sind diese Regionen nicht nur strukturschwach, sondern auch erfahrungstark. Diese Erfahrungen sind nicht immer, aber durchaus häufig schmerzhaft. Diese Erfahrungen sind nicht immer, aber durchaus häufig schmerzhaft. Daraus entwickelt sich eine Sorge mit Blick auf die Transformation, weshalb die AfD ein leichteres Spiel hat. Quantitativ wird dieser Befund durch »Die Politische Ökonomie des Populismus« von Philip Manow (2018) bestätigt. Qualitativ hat sich bei den von uns durchgeführten Interviews ein subjektives Gefühl der doppelten Bedeutungslosigkeit gezeigt, welches nicht nur materiell, sondern auch immateriell ist. Die Befragung zeigt, dass sich Zuversicht nur bedingt erkaufen lässt. Es geht damit auch um immaterielle Formen der Anerkennung.

Diese Anerkennung können Bürgerinnen und Bürger am direktesten in konkreten Beteiligungsprozessen erfahren, durch die sie eine gerechte Transformation mitgestalten können. Dies zeigt sich in einer dritten Studie, die wir 2023 mit einem Fokus auf die Energiewende durchgeführt haben. Die Studie selbst ist noch in der Auswertung. So viel lässt sich aber schon sagen: Es finden sich recht unterschiedliche Formen der Beteiligung, die vor Ort wirken und sich gegebenenfalls auch ergänzen können. In Baden-Württemberg gibt es beispielsweise das Forum Energiedialog, das als überparteiliches Format eine breite und niedrigschwellige Beteiligung, vor allem aber einen Diskursraum für konfliktäre Situationen in der Transformation, ermöglicht. Dadurch lassen sich Transformationskonflikte konstruktiv ausgetragen und eine geteilte Verantwortungsgemeinschaft schaffen. Beteiligung kann darüber hinaus aber auch bedeuten, dass Bürgerinnen und Bürger materiell profitieren, wenn sie die Möglichkeit haben, Eigenkapital für Windkraftanlagen vor Ort bereitzustellen. Das wiederum hat auch immaterielle Effekte, da es eine Identifikation mit den Prozessen vor Ort ermöglicht.

Als Progressives Zentrum werden wir weiter an der Frage arbeiten, welche Beteiligungsprozesse auf lokaler Ebene besonders gut funktionieren und warum. Festhalten lässt sich aber schon jetzt, dass Beteiligung ein besonders wirksames Mittel ist, um Triggerpunkte zu vermeiden. Sie ermöglicht es nämlich,

konkrete Konflikte sachlich auszutragen, statt sie Polarisierungsunternehmerinnen und Polarisierungsunternehmern in den Sozialen Medien zu überlassen.

Literatur

- Fröhlich, Paulina/Mannewitz, Tom/Ranft, Florian (2021): Die Übergangenen – Stukturschwach und Erfahrungsstark. Zur Rolle regionaler Perspektiven in der großen Transformation, Das Progressive Zentrum.
- Hillje, Johannes (2017): Rückkehr zu den politisch Verlassenen: Gespräche in rechtspopulistischen Hochburgen in Deutschland und Frankreich, Das Progressive Zentrum.
- Lepenes, Philipp (2022): Verbot und Verzicht. Politik aus dem Geiste des Unterlassens, Berlin: Suhrkamp.
- Manow, Philip (2018): Die Politische Ökonomie des Populismus, Berlin: Suhrkamp.
- Mau, Steffen/Lux, Thomas/Westheuser, Linus (2023): Triggerpunkte: Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft, Berlin: Suhrkamp.
- Stahl, Stefan (2023): Künftige IG-Metall-Chefin: »Sicherheit ist das beste Mittel gegen Rechts« – Ein Interview mit Christiane Benner, in: Augsburger Allgemeine vom 16.10.2023, Website Augsburger Allgemeine, [online] <https://www.augsburger-allgemeine.de/wirtschaft/kuenftige-ig-metall-chefin-christiane-benner-sicherheit-ist-bestes-mittel-gegen-rechts-id68156881.html> [abgerufen am 13.12.2023].

